

SPERRFRIST: 19.03.2017 – 15.00 Uhr

Jubiläumsfeier 100 Jahre SVP Kanton Zürich

„Bauern, Bürger, Bundesräte“

1917–2017: 100 Jahre Zürcher SVP

Von Prof. Dr. Christoph Mörgeli

Sonntag, 19. März 2017, im Kongresshaus Zürich

Das hundertste Jubiläum der Schweizerischen Volkspartei (SVP) des Kantons Zürich bildet den äusseren Anlass für das Buch „Bauern, Bürger, Bundesräte: 100 Jahre Zürcher SVP“. Auf 752 Seiten mit 271 Abbildungen soll Antwort auf die Frage gegeben werden, wie und warum eine 1917 gegründete, fast rein bäuerliche Standespartei zur mittelständischen Erfolgspartei, zur stärksten politischen Kraft im Kanton Zürich und zur Taktgeberin der Schweizer Mutterpartei wurde, deren Inhalte und Stilmittel heute sogar in Grossbritannien, Deutschland, Österreich und Osteuropa übernommen werden.

Die Zürcher SVP gründet im Bauernstand, den das städtische Zunftregime bis ins ausgehende 18. Jahrhundert in politischer und wirtschaftlicher Unmündigkeit hielt. Das Verhältnis zwischen Obrigkeit und Untertanen schien gottgewollt und festgefügt. Den Bauern oblag es, die Kornreserven des Staates in strikter Dreizelgenwirtschaft sicherzustellen, sich möglichst selber zu versorgen und die regelmässigen Abgaben an die Zinsherren ohne Murren zu entrichten. Da musste für Aufsehen sorgen, als ein gelehrter Stadtarzt dem Wermatiswiler Bauern „Kleinjogg“ Gujer 1761 ein literarisches Denkmal setzte und ihn zum berühmtesten Zürcher Bauern aller Zeiten machte. Diese neue Sichtweise eines städtischen Aristokraten zeigte den Landwirt nicht plump, träge und unwissend, sondern höchst arbeitsam, klug abwägend, geradezu „philosophisch“.

1798 wurden die Untertanenverhältnisse mit dem Einmarsch der Franzosen beseitigt. Auch im Kanton Zürich erhielten die Bauern in der Folge die Möglichkeit, sich von altüberlieferten Grundzinsen und Zehnten loszukaufen. Sie gaben die unwirtschaftliche Dreizelgenwirtschaft auf, wurden Teilnehmer eines freien Marktes und wechselten in grosser Zahl vom Getreideanbau zur lukrativeren Viehzucht. Bereits war aber die Industrialisierung weit fortgeschritten, und manche Landbewohner bewirtschafteten ihren Betrieb neben der Textilverarbeitung nur noch im Nebenerwerb.

Bauern in der freisinnigen Grossfamilie

Mit Überzeugung folgten die Zürcher Bauern 1830 der liberalen Bewegung, die ihnen die Ablösung von den Feudallasten, wirtschaftliche Freiheit, mehr bürgerliche Rechte und eine angemessenere Vertretung im Kantonsparlament versprach. Bei Gründung des Bundesstaates von 1848 wurde der zürcherische Bauernstand wie selbstverständlich Teil der freisinnigen Grossfamilie.

Es war denn auch ein enger Freund des Wirtschaftspioniers und liberalen Politikers Alfred Escher, nämlich der Naturforscher Oswald Heer, welcher 1842/43 den „Verein für Landwirtschaft und Gartenbau im Kanton Zürich“ begründete. Dieser Zusammenschluss von Bauern und Nichtbauern propagierte neue landwirtschaftliche Technologien, zeichnete besondere Produktionsleistungen aus und feierte das geeinigte Vaterland. Daraus wurde 1904 der Zürcherische landwirtschaftliche Kantonalverein und 1992 der Zürcher Bauernverband – seit 1870 mit dem Publikationsorgan *Zürcher Bauer*. Auf Professor Oswald Heers Initiative ging 1853 auch die Gründung der Landwirtschaftlichen Schule Strickhof zurück. Als die Demokratische Bewegung in den 1860er Jahren den oft eigenmächtig und eigennützig anmutenden liberalen Parlamentarismus kritisierte und mehr Volksrechte einforderte, schlossen sich viele Zürcher Bauern den Demokraten an; der andere Teil blieb den Liberalen treu.

Diese parteipolitische Spaltung schwächte die bäuerliche Sache, als durch den Ausbau der Schienenverkehrswege der Entfernungsschutz der Landwirtschaftsprodukte weitgehend dahinfiel. Zeitgleich stiegen die Löhne, die Produktionskosten und die Bodenverschuldung. Jetzt begannen die Bauern, sich effizienter zu organisieren: 1886 wurde unter Führung von Conrad Schenkel aus Rätterschen der Verband Ostschweizerischer Landwirtschaftlicher Genossenschaften (Volg) gegründet; dessen Zeitung trug den Untertitel „Organ für Bildung einer schweizerischen Bauernpartei“.

Der Bauer Konrad Keller aus Oberglatt beklagte öffentlichkeitswirksam eine „Bauernsclaverei der Neuzeit“ und formte seinen Zürcher Bauernbund seit 1891 zum polemischen Kampfmittel gegen Staatsbürokratie, Verstädterung und Sittenzerfall. Im Gegensatz zum Bauernbund bildete

der Schweizerische Bauernverband von 1897 eine bis heute lebensfähige, einflussreiche Dachorganisation zur Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen. Der Bauernverband blieb aber überparteilich und bemühte sich in den kommenden Jahrzehnten mit Erfolg, den Bauernstand in den Bürgerblock einzugliedern.

Gründung der Bauernpartei

1907 gründete der Fuhrknecht, Kleinbauer und Redaktor Fritz Bopp die „Demokratische Bauernpartei des Bezirks Bülach“ und zog 1915 noch als Fraktionsloser in den Nationalrat ein. Im Ersten Weltkrieg mussten die Bauern unter grossen Anstrengungen die Landesversorgung sicherstellen. Da in jenen Jahren die Preise stiegen, ging es der Landwirtschaft verhältnismässig gut. Doch nun kam es zu scharfen Auseinandersetzungen mit der Sozialdemokratie, welche die Arbeiterschaft und zunehmend auch die Angestellten vertrat. Staatliche Preisvorschriften bei den Nahrungsmitteln sprachen der liberalen Marktwirtschaft Hohn und machten den Freisinn bei den Bauern unglauwbüdig. Der Konflikt zwischen Konsumenten und Produzenten, zwischen Stadt und Land, legte den Bauern den Entschluss nahe, sich parteipolitisch eigenständig zu organisieren.

Hinzu kam eine angestaute Frustration über mangelnde Berücksichtigung der bäuerlichen Sache durch die „historischen“ Parteien von Freisinn und Demokraten. Man war es ganz einfach überdrüssig, bloss „Fussvolk“ und „Stimmvieh“ für andere Interessen zu spielen. Die Tatsache, dass die Freisinnigen den dennoch gewählten Bülacher Fritz Bopp bei den Nationalratswahlen 1915 nicht unterstützen mochten, hinterliess grosse Verbitterung. Der erstmalige Parteiproporz bei den Kantonsratswahlen von 1917 und bei den Nationalratswahlen von 1919 machte das Projekt einer neuen Partei erfolversprechend: Am Sonntagnachmittag des 4. März 1917 beschlossen 305 Delegierte des Landwirtschaftlichen Kantonalvereins nach „sehr lebhafter Diskussion“ im Kleinen Saal der Zürcher Tonhalle die Gründung einer Bauernpartei.

Vor allem die Freisinnig-Demokratische Partei reagierte konsterniert, denn sie war sich bewusst: Wenn die bedächtig abwägenden, meist zäh am Überlieferten festhaltenden Bauern eine Neugründung wagten, dann waren die Probleme ernster, tief liegender Natur. Auch bei der SP rechnete man mit „einer Parteigründung von Bestand und Dauerhaftigkeit“. Denn hinzu kam eine gewichtige symbolische Komponente: Der Bauernstand verkörpert nach Mythos und Geschichte geradezu die Idee der Schweiz, und man war sich auch bei den Gegnern im Klaren, dass die Bauern rasch ihr gewissermassen natürliches Anrecht auf die Staatsgewalt einfordern würden. Spätestens nach der vaterländischen Bewährung angesichts der Gefahr eines Staatsumsturzes durch den Generalstreik von 1918 konnte die Bauernschaft eine substantielle Beteiligung an der politischen Macht beanspruchen. Niemand sprach im Nationalratssaal anlässlich der Generalstreiksdebatte schärfer als Fritz Bopp, die treibende, wenn auch cholerische und unbeständige Kraft hinter der Gründung der Zürcher Bauernpartei. Sei es die Erfahrung jener Novembertage 1918, sei es später die Geistige Landesverteidigung der dreissiger Jahre, die „Anbauschlacht“ im Zweiten Weltkrieg, der Kalte Krieg oder der Kampf gegen die politischen Unruhen von 1968 oder 1980: Die Zürcher Bauernpartei und spätere SVP war geprägt vom zutiefst konservativen Zug, das Bewährte zu verteidigen und zu bewahren.

Die Gründung der Zürcher Kantonalpartei erfolgte also bereits im Frühjahr 1917, während der junge Rudolf Minger – für Zürcher Verhältnisse ein Grossbauer – seine Berner Gründung erst im November desselben Jahres anregte. Angesichts der Verstädterung und Industrialisierung im Kanton Zürich traten hier die Konflikte mit der Sozialdemokratie als damals grösste und einzige Wirtschaftspartei früher und schärfer zutage. Während die Zürcher ganz im Sinne von Ernst Laur, dem mächtigen Direktor des Bauernverbandes, für eine ausschliessliche Bauernpolitik eintraten, berücksichtigten die Berner ausdrücklich auch die Anliegen des Gewerbes, öffneten sich dem Bürgerstand, den konservativ-aristokratischen Bernburgern und auch den evangelikal gesinnten „Stillen im Land“. Dank dieser Öffnung vermochten die Berner, eine breitere Bevölkerungsschicht anzusprechen und stiegen sofort zur mächtigsten Kraft im Kanton auf. Die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei wurde damit zum Dreh- und Angelpunkt

der bernischen Politik, ihrer Regierung und ihrer Verwaltung. Die Berner stellten fast die Hälfte der Nationalratsfraktion, von 1929 bis 1979 ununterbrochen den einzigen Bundesrat und gaben überhaupt in der nationalen Politik den Ton an.

Gegeneinander von Stadt und Land

Zwar war auch die Zürcher Bauernpartei eine vergleichsweise bedeutende politische Partei mit zwei Vertretern in der Regierung und lange der grössten bürgerlichen Kantonsratsfraktion, aber bei weitem nicht so stark wie die Berner Schwesternpartei. Sie misstraute den Linken, aber auch dem Freisinn der Hochfinanz, den multinationalen Unternehmen und dem Grosshandel, überhaupt den vermeintlich abgehobenen wirtschaftlichen und intellektuellen Eliten. Seit ihrer Gründung handelte es sich auch um eine Partei der materiell wenig Begünstigten, der einfachen Leute, ja der Aussenseiter und der Peripherie. Die meisten Wähler waren aber zugleich Eigentümer, Besitzer eines oft noch so kleinen Heimwesens und darum gewohnt, mitzureden, mitzubestimmen und von den Behörden gefragt zu werden. Die Zürcher mussten im Gegensatz zur Berner BGB ihre Existenz dauernd behaupten und ihre Gegner – vor allem die „Konsumentenparteien“ von Sozialdemokratie und später Landesring, teilweise aber auch den Freisinn –, mit leicht eingängigen Parolen und einer gewissen Aggressivität attackieren.

Das Auftreten von „Wirtschaftsparteien“ wie jene der Sozialdemokraten und der Bauern erschütterte das relativ feste Gefüge der beiden Weltanschauungsparteien des 19. Jahrhunderts, nämlich der Freisinnig-Demokratischen Partei beziehungsweise der Katholisch-Konservativen Volkspartei. Besonders schroff standen sich SP und Bauernpartei gegenüber, etwa in Fragen des Internationalismus, der Staatswirtschaft, der Schutzzölle oder des Privateigentums. Man sprach von einer eigentlichen „Verwirtschaftlichung“ der Politik, denn die primäre Interessensvertretung für eine bestimmte Erwerbsgruppe bildete damals ein vergleichsweise neues Phänomen.

Schon in den zwanziger Jahren kam die Entwicklung der landesweiten BGB zu einem vorläufigen Abschluss. 1918 war es in Bern und Schaffhausen zu Neugründungen gekommen, es folgten Aargau (1920), Tessin und Waadt (1921), Baselland (1925) sowie mit einer gewissen Verspätung noch Freiburg (1945). Im Thurgau politisierten die bäuerlichen Vertreter kantonal beim Freisinn, schlossen sich aber in Bundesbern der BGB-Fraktion an. Es war ganz im Sinne des Schweizerischen Bauernverbandes, dass die bäuerlichen Parteien im Wesentlichen auf die reformierten Gebiete des Mittellandes beschränkt blieben. Denn je mehr Parteien der Bauernverband vertreten konnte, desto grösser gestaltete sich sein Einfluss in den Berner Amtsstuben. So wurde die Bauernsamer in den übrigen Kantonen vorderhand zu deren Zufriedenheit von den Freisinnigen, den Westschweizer Liberalen, der Katholisch-Konservativen Volkspartei oder den Bündner und Glarner Demokraten vertreten.

Nach euphorischen Anfängen war es in den zwanziger und dreissiger Jahren nicht einfach, die bäuerliche Parteipolitik zu konsolidieren und auf Erfolgskurs zu halten. Auch im Kanton Zürich machten sich Krisen- und Ermüdungssymptome bemerkbar. Immerhin funktionierte in der Regel der Bürgerblock zur Abwehr der bemerkenswert starken SP, welche die Kantonshauptstadt im Sturm eroberte und zum „roten Zürich“ ausbaute – übrigens recht pragmatisch und allmählich ohne schrille klassenkämpferische Töne. FDP und Bauernpartei überliessen sich gegenseitig je zwei Regierungsräte. Fast noch das grössere Feindbild für die Bauernpartei als die SP wurde seit 1936 der Landesring der Unabhängigen, den der umtriebige Migros-Gründer Gottlieb Duttweiler zu einer zeitweise sehr erfolgreichen Konsumentenbewegung ausbaute. Die Ablehnung des von bäuerlicher Seite dringend gewünschten Getreidemonopols von 1926 oder die Abspaltung der nach „Führerprinzip“ organisierten Jungbauernbewegung bedeuteten eine empfindliche Schwächung. Während die Jungbauern zuerst ins sozialdemokratische und nach 1939 ins bräunliche Fahrwasser geriet, sprach sich der Zürcher und Schweizer Parteipräsident Rudolf Reichling-Oehninger energisch für ein Verbleiben im Bürgerblock aus. Im Juli 1933 erklärte die Zürcher Bauernpartei eine

Mitgliedschaft bei den am Nationalsozialismus orientierten „Fronten“ mit jener in der Bauernpartei für unvereinbar.

Geistige Landesverteidigung und Anbauschlacht

Die Zürcher Bauernpartei war entgegen der Meinung ihrer freisinnigen Kritiker nie eine reine Interessenspartei. Ihre Wertehaltung beruhte vielmehr von Anfang an auf einem festen weltanschaulichen Fundament. Auch hier gaben aber die Berner die Richtung vor, die übrigens recht wenig von der Zürcher Bauerndeputation hielten. So schrieb der Fraktionssekretär und spätere Bundesrat Markus Feldmann in sein Tagebuch: „Einfach dabeizusitzen und nichts zu sagen, vielmehr noch zuzuhören, was, namentlich von den Zürcher Vertretern in der Fraktion, zusammengequatscht wird, halte ich auf die Dauer einfach nicht aus.“

Im Zuge der Geistigen Landesverteidigung zur Abwehr der totalitären Bedrohung aus Nord und Süd kam es in den dreissiger Jahren zu einer deutlichen Rückbesinnung auf die Bedeutung des Nährstandes. Güterzuammenlegungen, Meliorationen und Landmaschinen intensivierten den Ertrag; Exponenten der Bauernpartei engagierten sich tatkräftig bei der Realisierung der populären Landesausstellung von 1939 in Zürich. Schon 1939 waren die Verdienste von ETH-Professor Hans Bernhard um landwirtschaftliche Reformen dermassen anerkannt, dass sie ihn als bäuerlichen Vertreter des Kantons Zürich in den Ständerat trugen; nach dessen frühem Tod folgte ihm Friedrich Traugott Wahlen nach. Auch Wahlens problemloser Einzug in den Ständerat von 1942 zeugte vom grossen Vertrauen der Bevölkerung in die Bauernschaft und deren wissenschaftliche Exponenten. Friedrich Traugott Wahlens landwirtschaftlicher „Rütlirapport“ von 1940 markierte den Beginn der „Anbauschlacht“, die den Selbstversorgungsgrad von 52 Prozent (1939) auf 59 Prozent (1945) zu steigern vermochte. Gegen Ende des Krieges wich der politische Burgfriede allerdings rasch wieder scharfen Auseinandersetzungen mit SP und FDP.

Obwohl sich auf eidgenössischer Ebene die BGB-Bundeshausfraktion schon 1919 konstituiert hatte, wurde eine nationale Parteistruktur unter dem Namen BGB Schweiz erst 1936/37 geschaffen. Der Zürcher Kantonalpräsident Rudolf Reichling-Oehinger übernahm auch dieses Präsidium. Die föderalistische Parteistruktur machte es möglich, dass die Zürcher noch bis 1951 an der Bezeichnung „Bauernpartei“ festhielten und erst dann zum allgemeineren Begriff Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei mit dem Zusatz „Mittelstandspartei“ wechselten.

BGB-Mittelstandspolitik als Mittepolitik

Seit den fünfziger Jahren herrschte im Wirtschaftskanton Zürich eine beinahe ungebremste Hochkonjunktur: Dörfer wurden zu Agglomerationen, und mit den Überbauungen änderte sich die Zusammensetzung der Bevölkerung. Vorerst konnten die örtlichen Bauernparteien – nun mit der Bezeichnung BGB – ihre Führungsposition noch halten. Zu gross waren Machtvorsprung, politische Erfahrung und Bekanntheitsgrad der Eingesessenen. Allmählich rüttelten aber die Zugezogenen an dieser Vormachtstellung, so dass in den gut situierten Orten vor allem die FDP ihre Position in den Behörden verstärkte. Gab es ursprünglich bei BGB und SP bezüglich Wählerschaft kaum Überschneidungen, entbrannte seit den achtziger Jahren vor allem in den Agglomerationen ein Kampf um weniger privilegierte Wähler.

Einen Tiefpunkt der Parteigeschichte markierte 1967 die Abwahl des damals wichtigsten Zürcher BGB-Politikers, nämlich von Ständerat Rudolf Meier aus Eglisau. Der in seinem Amt völlig unbestrittene kantonale Finanzdirektor wünschte keine aufwendige Kampagne und ging im Wahlkampfgetümmel zwischen zwei neu antretenden Kandidaten von FDP und Landesring schlicht vergessen. Von dieser Wahlschlappe vermochte sich die BGB-Mittelstandspartei jahrelang nicht mehr richtig zu erholen; das Trauma diente fortan als warnendes Beispiel, um einen Wahlkampf nie auf die leichte Schultern zu nehmen und die Werbung nicht zu vernachlässigen.

Die Zürcher Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei besass zwar eine recht aktive Frauengruppe, tat sich aber mit dem Frauenstimmrecht ausserordentlich schwer. Noch 1959

beschloss die Delegiertenversammlung deutlich die Nein-Parole zu einer entsprechenden eidgenössischen Vorlage, was parteiintern bei den politisch aktiven Frauen für Verärgerung sorgte. 1971 stand dann die Zürcher SVP offiziell hinter dem Anliegen; dennoch verstummten die Klagen noch längere Zeit nicht, dass die männlichen – und wohl auch die weiblichen – Wähler die Frauen auf den Listen jeweils massiv strichen und auf die hinteren Plätze verwiesen.

1959 wurde der seit 30 Jahren gewissermassen institutionalisierte Sitz der BGB im Rahmen der „Zauberformel“ in den Bundesrat eingebunden. Gegenüber den wählerstärkeren bürgerlichen Partnern, von den Freisinnig-Demokraten und der Katholisch-Konservativer Volkspartei mit je zwei Bundesratssitzen, hatte die BGB aber wahltaktisch so gut wie keinen Spielraum. Denn es gab bei den politischen Hauptthemen Unabhängigkeit, Selbstverantwortung, direkte Demokratie, bewaffnete Neutralität, Landesverteidigung oder Marktwirtschaft kaum Differenzen. Eine Stärkung erhoffte sich die BGB 1971 durch die Fusion mit den Demokratischen Parteien der Kantone Graubünden und Glarus. Damit einher ging auch die Namensänderung in Schweizerische Volkspartei (SVP). Der Zusammenschluss wie der neue Name sollten eine bewusste Öffnung zur Mitte zum Ausdruck bringen, vertraten doch die demokratischen Parteikollegen eine deutlich linkere Tradition als die BGB. Auch die französische Bezeichnung Union démocratique du centre (UDC) sollte ein sozialliberales Profil betonen; gleichzeitig drängten 1971 die ehemaligen Katholisch-Konservativen als Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) ebenfalls Richtung „dynamische Mitte“.

Der Begriff „Volkspartei“ zielte bei der BGB bewusst auf eine Erweiterung der Wählerbasis, was angesichts des Strukturwandels in der Landwirtschaft und damit des Verlusts der ländlichen Stammwähler als zwingend notwendig erschien. Ziel der SVP-Bemühungen waren die Angestellten, Arbeiter, Bewohner der Städte und Agglomerationen sowie natürlich die neuerdings mit dem Stimmrecht ausgestatteten Frauen. Im Programm fanden Forderungen nach vermehrter Berücksichtigung von Umwelt, Konsumentenschutz oder Menschenrechten Eingang. Die Übernahme der Hauptthemen des politischen Gegners schwächte aber die eigene Glaubwürdigkeit, so dass die Wähleranteile der SVP weiterhin zurückgingen.

Aufstieg unter Christoph Blocher

Diese vermeintliche Modernisierung wurde vor allem von der Berner SVP als mit Abstand stärkste Kantonalsektion getragen. Sie stiess indessen bei Christoph Blocher, dem 1977 neu gewählten Zürcher Kantonalpräsidenten, auf grundsätzliche Kritik. Blocher hatte sich in einer Kampf- und Richtungswahl gegen einen „reformfreundlichen“ Gegenkandidaten durchgesetzt und verfolgte gegenüber der Landespartei von Anfang an einen eigenständigen, oft abweichenden Kurs. Er bekämpfte ausdrücklich den Ansatz, sich am Wahlsieger zu orientieren, dessen Programm zu kopieren und zu glauben, man gehöre dann automatisch auch zu den Siegern. Diese fasche Auffassung führe nur dazu, die Themen der Konkurrenz aufzunehmen, so dass an der Urne das „Original“ statt der Nachahmerpartei gewählt werde. Der Zürcher Präsident verlangte vielmehr, ein Gegenprogramm zu vertreten – dies aber sorgfältig durchdacht, konsequent, geradlinig und lautstark.

Christoph Blocher verwarf den Drang in die Mitte und orientierte sich am liberalkonservativen Kurs der Parteigründer von 1917; er wollte aber die überlieferte Wertehaltung auf die aktuellen politischen Probleme in ihrer ganzen Breite anwenden. Die Zürcher SVP übernahm die nach dem Ausscheiden von James Schwarzenbach verbleibenden Republikaner und später die rechten Wähler von Auto- beziehungsweise Freiheitspartei und der Schweizer Demokraten. Was die Gesamtpartei auf Bundesebene entgegen ihren ausdrücklichen Erwartungen nicht einzulösen vermochte, gelang allmählich dem zürcherischen SVP-Flügel: Er konnte den Anspruch einer eigentlichen Volkspartei erheben, die auch von Angestellten und Arbeitern gewählt wurde. Die Zürcher SVP vertrat eigenständige Positionen in der Aussenpolitik, in der Finanz- und Wirtschaftspolitik und – noch öffentlichkeitswirksamer – in der Sicherheits-, Asyl-, Ausländer- und Drogenpolitik.

Werbemässig setzte man konsequent auf einen konfrontativen Stil mit einer zupackenden, verständlichen Sprache und modernen Kommunikationsmitteln. Mindestens so entscheidend war für Christoph Blocher aber die exakte Kleinarbeit der ständigen Verbesserung der Parteiorganisation, etwa mit Kaderkursen, Programmtagungen, Sektionsgründungen, Medienarbeit, Mitgliederförderung, Parteauftritten und Grossveranstaltungen wie die landesweit ausstrahlende Albigüetli-Tagung. Dieses sorgfältige Bemühen um den Parteaufbau bildete die Grundlage, die es der Zürcher SVP erlaubte, die SVP Schweiz seit den 1990er Jahren in ihrem Sinn umzugestalten. Dabei hielt sich die Kantonalpartei jederzeit strikt an den Rechtsstaat und an die Demokratie, denn Blocher wandte sich gegen jede Art von Revolution: „Wir wissen, dass es leichter ist, ein gutgebautes Haus abzureissen, als es wieder aufzubauen. Darum haben wir uns zum Ausbau und nicht zur Zerstörung unserer Staatsform entschlossen.“

SVP Schweiz wird zürcherisch

Die erste Ära Blocher bis 1991 bestand im Grunde aus der Konsolidierung; der äussere Erfolg stellte sich durchaus nicht sofort ein. Seitdem der Zürcher Präsident 1985 erfolglos gegen das neue Eherecht angetreten und 1986 erfolgreich den Beitritt zur politischen Uno bekämpft hatte, wurde er zunehmend zum Ziel der Medien und harter persönlicher Angriffe. Völlig unbeeindruckt von Fragen des Prestiges und momentaner Befindlichkeiten, lancierte Christoph Blocher 1992 erstmals in der Geschichte der Kantonalpartei eine eidgenössische Volksinitiative, nämlich „Gegen die illegale Einwanderung“. Im selben Jahr überzeugte er anlässlich der Abstimmung über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) nicht nur seine Kantonalpartei, sondern auch die SVP Schweiz und erreichte eine Nein-Parole. Während alle andern Regierungsparteien aussenpolitisch die Unabhängigkeit, Neutralität und die direktdemokratischen Volksrechte durch eine aussenpolitische Öffnung relativieren wollten, setzte die SVP weiterhin auf die Selbstbestimmung als Grundlage des schweizerischen Erfolgsmodells und des weltweit einzigartigen Wohlstandes. Gleichzeitig vertrat die Partei entschieden liberale Positionen in der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik.

Die inhaltliche Ausrichtung der Zürcher SVP setzte sich national zwar rasch durch, doch opponierten namentlich die Kantonalparteien von Bern und Graubünden weniger gegen den Inhalt, als gegen den Stil und den äusseren Auftritt. Dennoch kam es unter Zürcher Führung zu einer beispiellosen „Nationalisierung“ der Partei. Seit 1991 entstanden zahlreiche neue Kantonalparteien, und die Strukturen auf Bundesebene wurden deutlich ausgebaut. Slogans, Logos sowie die Wahl- und Abstimmungskampagnen erfuhren eine Vereinheitlichung. Dank Spendenaktionen und Zuwendungen von vermögenden Parteimitgliedern wurden die Mittel der direkten Demokratie intensiv genutzt und das Politmarketing professionalisiert. Provokative Plakate und Inserate sicherten der SVP regelmässig mediale Aufmerksamkeit. Diese intensive Aufbauarbeit mit 12 kantonalen Gründungen und 600 neuen Sektionen ist vor allem mit dem Namen des Zürcher Nationalrats Ueli Maurer verbunden, der die SVP Schweiz von 1996 bis 2008 präsidierte.

Nach einer Stagnation, welche die ersten sechzig Jahre der Parteigeschichte andauerte, vermochte die SVP auf kantonaler und eidgenössischer Ebene ihren Wähleranteil seit 1975 fast zu verdreifachen. Die traditionell auf das reformierte deutschschweizerische Mittelland beschränkte Partei schaffte den Durchbruch auch in die katholischen und französischsprachigen Gebiete. Die SVP wurde von der kleinsten, nämlich der viertstärksten zur mit Abstand wählerstärksten Regierungspartei und wälzte das politische System des Landes gründlich um; die Gewinne gelangen auf Kosten rechtsgerichteter Kleinparteien, aber mehr noch zulasten von FDP und CVP.

Auf vier wichtigen Gebieten griff der Zürcher Kantonalpräsident in den neunziger Jahren instinktsicher, emotional und unter grösstem persönlichem Einsatz zur Themenführerschaft: Christoph Blocher verteidigte die Schweizer Eigenständigkeit, Neutralität und Volksrechte gegen den geplanten Eintritt des Landes in den Europäischen Wirtschaftsraum und vermochte, die Integration der Schweiz in eine von ihm als intellektuelle Fehlkonstruktion beurteilte Europäische

Union zu verhindern. Mit der Abwehr der lautstarken, als ungerecht empfundenen Angriffe aus den USA bezüglich dem Verhalten der Schweiz im Zweiten Weltkrieg stiftete er historische Identität und gewann die Sympathie der Weltkriegsgeneration. Ausserdem griff Blocher zielsicher das bei der Bevölkerung weit verbreitete Unbehagen über die lasche Haltung der Behörden in der Asyl- und Ausländerpolitik auf. Und schliesslich überzeugte er mit seinem Ruf nach Sparen beim Staat und Steuersenkungen allmählich auch die einkommensstarken Wählerschichten von Unternehmern und Betriebsinhabern, die einen grossen Anteil der Solidarität tragen mussten und die sich um ihre Möglichkeiten für private Investitionen zunehmend sorgten.

Taktgeberin in der Schweiz

2003 wurde Christoph Blocher nach über 26-jähriger erfolgreicher Amtszeit als Präsident der Zürcher SVP in den Bundesrat gewählt, womit die Volkspartei erstmals einen zweiten Bundesratssitz erringen konnte. Als die SVP nicht zuletzt aufgrund von Blochers konsequenter, erfolgreicher Amtsführung 2007 bei den Wahlen erneut zulegen konnte, wurde er von einer heimlich geschmiedeten Mitte-Links-Koalition abgewählt. Der vorangehende beispiellose Komplottversuch von Bundesanwaltschaft und Parlamentariern wird in der Schrift zum 100-Jahr-Jubiläum erstmals im Detail nachgezeichnet. Da Blochers Parteikollegin Eveline Widmer-Schlumpf die auf sie gefallene Wahl entgegen dem Beschluss der Delegiertenversammlung annahm, schloss die SVP Schweiz sie persönlich und in der Folge ihre Bündner Kantonalpartei aus. Widmer-Schlumpfs Anhänger, der im Bundesrat verbliebene Samuel Schmid und weitere Gegner des zürcherisch geprägten SVP-Kurses gründeten seit 2008 in mehreren Kantonen eine Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP), die aber der SVP kaum zu schaden vermochte. Bereits Ende 2008 stellte die Zürcher SVP mit Ueli Maurer wieder einen Bundesrat. Da die Partei mit einem einzigen Bundesratssitz nicht gemäss Konkordanzregeln in der Landesregierung vertreten war, verfolgte die SVP in den folgenden Jahren einen teilweisen Oppositionskurs.

2011 konnte bei den eidgenössischen Wahlen die vier Jahre zuvor gehaltene Wählerstärke nicht mehr erreicht werden; auch bei den Ständeratswahlen gewann die SVP trotz schwergewichtigen Kandidaturen keine zusätzlichen Sitze. Die Themen Migration, Asylmissbrauch und Europapolitik waren aber vier Jahre später so aktuell, dass die SVP 2015 den Wahlkampf weitgehend dominierte und mit annähernd 30 Prozent Wähleranteil einen neuen Rekord erreichte. Im Kanton Zürich zeigte sich allerdings trotz Sitzgewinn und einer deutlich verjüngten Abordnung von 12 Nationalräten, dass ein weiterer Ausbau vor allem in den rotgrün dominierten Städten schwierig war. Die Stadt Zürich – seit den achtziger Jahren für die SVP politisches und kommunikatives Experimentierfeld und thematische Taktgeberin – schien bezüglich Wählerpotential ausgereizt. Eine gezielte Attraktivitätssteigerung für linke Wähler durch ausgebaute staatliche Angebote, Sozialleistungen, Sozialwohnungen, kulturelle Aktivitäten und eine grosszügige Einbürgerungspraxis sichern der SP und den Grünen in der Stadt annähernd die volle Macht.

Das Sozialprofil der SVP hat sich in den letzten hundert Jahren weniger verändert als vielmehr vervielfältigt. Zu der traditionellen Wählerschaft von Bauern und Gewerbetreibenden, überhaupt zum Mittelstand vornehmlich der ländlichen Gebiete, sind Angestellte, Arbeiter der privaten Wirtschaft, Pensionäre und Jungwähler gekommen. Gut Verdienende, Gebildete und urban Lebende fühlen sich von den Konfliktthemen Migration, Asyl, Personenfreizügigkeit und Europäische Union ebenso angesprochen wie Wähler aus der Arbeiterschaft und der unteren Einkommensklassen.

Geschichte einer aussergewöhnlichen Partei

Die Schrift zum Jubiläum der hundertjährigen SVP des Kantons Zürich verfolgt kein anderes Ziel, als die möglichst quellennahe, wissenschaftlich exakte Schilderung der Geschichte einer in mancher Hinsicht aussergewöhnlichen Partei. Die Zürcher SVP wurde als rein bäuerlich

geprägte wirtschaftliche Interessenspartei gegründet, öffnete sich verhältnismässig spät und unter dem Druck der schmelzenden Wählerbasis dem Gewerbe, den Angestellten, den Bürgern – selbst den Stadtbürgern –, um ab 1977 von Christoph Blocher zu einer Bewegung von ungewöhnlicher Geschlossenheit und Kampfkraft geformt zu werden. Das Geheimnis von Blochers Erfolgs lag vielleicht nicht zuletzt darin, dass er in seiner Person den Bauern, den Bürger und den Unternehmer verkörperte.

Annähernd während der Hälfte der hundertjährigen Geschichte der Zürcher SVP hat Christoph Blocher die Partei durch sein Vorgehen und sein Vorbild geprägt. Ohne die Persönlichkeit Blochers hätte die SVP auf kantonaler wie auf eidgenössischer Ebene einen ganz anderen Weg eingeschlagen – möglicherweise den Weg in die völlige Bedeutungslosigkeit. Die oft gehörte Bezeichnung „Blocher-Partei“ tönt selbstverständlich abwertend und wird von den Gegnern der SVP zum Zweck der Diffamierung verwendet. Aber Blochers Leistung für die Schweiz mehr noch als für seine Partei wird mittlerweile weit über den Kreis der Wählerinnen und Wähler der SVP anerkannt und scheint heute unbestrittener als noch vor einigen Jahren.

In den vier Jahren, in denen Christoph Blocher im Bundesrat wirkte, konnte er das Gedankengut der zürcherischen SVP auch in die Landesregierung einbringen. Dasselbe tut gegenwärtig Ueli Maurer als aktueller Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements. Die Zürcher Partei trägt seit 2009 wie schon 2004 bis 2007 erneut Regierungsverantwortung als Bundesratspartei. Darum mag der Buchtitel „Bauern, Bürger, Bundesräte“ die hundertjährige Entwicklung der SVP des Kantons Zürich zutreffend auf den Punkt bringen

Viele Menschen wählen SVP, weil sie nach Orientierung, Sicherheit und Vertrauen suchen und sich von dieser Partei ernst genommen fühlen. Noch immer ist es vor allem Christoph Blocher, der eine in sich stimmige Wertebasis vertritt und diese mit den vielfältigen Parteiaktivitäten zu einem sinnvollen Ganzen verbindet. Er war und ist das Gesicht eines intensiven, langjährigen Parteaufbaus und eines konsequenten Kampfes für die Parteiziele. Blochers Erfolg und damit der Erfolg der SVP besteht nicht aus bestimmten Stilmitteln von Inseraten und Plakaten, auch nicht aus der Skandalisierung ihres Tuns durch die Medien. Vielmehr nimmt sich die Schweizerische Volkspartei der realen Ängste und Hoffnungen der Bevölkerung an und bietet ihr aufgrund einer ethisch fundierten Überzeugung Lösungen an – Lösungen auf der Grundlage von Nationalstaat, Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und Wohlfahrt, kurz: Lösungen, die der Lebenswirklichkeit entsprechen.